

Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd

am 24.06.2014

**um 17:30 Uhr bis 19:30 Uhr in Remscheid, Engelbertstraße 1, Heinrich-Neumann-
Schule - Städtische Förderschule und Schule f. Kranke**

Anwesend sind:

Bezirksbürgermeister

Herr Stefan Grote

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin

Frau Elke Rühl

Bezirksvertreter/innen

Frau Rita Jungesblut-Wagner

Frau Elfriede Korff

Herr Dierk Martz

Frau Alessia Schaaf

Herr Paul Uwe Schabla

Herr Hans-Gerd Steinheuser

Herr Bernd F. W. Störmer

Herr Klaus Wetzel

Frau Jutta Wilke

bis 18:35 Uhr - TOP 15

vom Seniorenbeirat

Herr Dieter Janke

von der Verwaltung

Herr Gerald Hein

Herr Michael Müller

Schriftführer/in

Herr Hans-Ulrich Dattner

Tagesordnung

- | | | |
|------------|---------|---|
| 1 | 15/0015 | Feststellung des / der Altersvorsitzenden |
| 2 | 15/0016 | Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers |
| 3 | | Änderung / Erweiterung der Tagesordnung |
| 4 | 15/0017 | Wahl des Bezirksbürgermeisters / der Bezirksbürgermeisterin und des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters / der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin |
| 5 | 15/0018 | Einführung und Verpflichtung des Bezirksbürgermeisters / der Bezirksbürgermeisterin |
| 6 | 15/0020 | Einführung und Verpflichtung
- des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters / der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin
- der übrigen Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter |
| 7 | | Fragestunde für Einwohner |
| 8 | | Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 8.1 | 14/3913 | Verkehrssituation im Einmündungsbereich Greulingstraße / Industriestraße
- Anfrage von Frau RM Rühl in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd am 08.01.2014 |
| 8.2 | 14/4111 | Änderung des Tempolimits von 30 km/h auf 50 km/h in der Straße Hohenhagen
- Anfrage von Herrn BV Grote in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd am 26.02.2014 |
| 8.3 | 14/4112 | Mobile Werbung im öffentlichen Straßenraum
- Anfrage von Herrn BV Grote in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd am 26.02.2014 |
| 8.4 | 14/4113 | Rechtsgrundlage für die erteilte Baugenehmigung zur Errichtung eines Discounters auf dem Gelände des ehemaligen Mannesmannparks
- Anfrage von Herrn BV Wetzel in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd am 26.02.2014 |
| 8.5 | 14/4114 | Verkehrsstau auf der Lennepers Straße in Höhe der Autobahnanschlussstelle
- Anfrage von Herrn BV Wetzel in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd am 26.02.2014 |
| 9 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 10 | | Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |

- 11** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 12** Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 13** Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 13.1** Bauliche Mängel an der Friedhofskapelle auf dem Städtischen Friedhof Bliedinghausen
- Anfrage Herr Grote
- 13.2** Aktuelle Entwicklung im Bereich des Gewerbegebietes Mixsiepen
- Anfrage Herr Martz
- 13.3** Ausschachtungsarbeiten an der Neuenkamper Straße, Höhe Haus Nrn. 2 bis 4
- Anfrage Frau Korff
- 13.4** Bauvorhaben zur Errichtung eines Kindergartens an der Rosenhügeler Straße
- Anfrage Frau Korff
- 13.5** Plakatwerbung zur Kommunalwahl
- Mitteilung Frau Korff
- 13.6** Einrichtung und Betrieb einer Außengastronomie auf dem Johann-Vaillant-Platz - Sachstand?
- Anfrage Frau Wilke
- 13.7** Namensschilder für Bedienstete der Verwaltung
- Anfrage Herr Wetzel
- 13.8** Parkende Lkws in der Fichtenstraße
- Anfrage Herr Schabla
- 14** Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. §§ 60 Abs. 1 und 36 Abs. 5 GO NRW
- 14.1** 14/4078 Namensgebung der Städt. Sekundarschule Remscheid
- 14.2** 14/4142 Bebauungsplan Nr. 647 – Gebiet Berghauser Straße, nordwestlich der Bahnstrecke:
1. Aufhebung des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.01.2014 über die erneute öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)
2. Änderung der Urkunde zum Planentwurf
3. Erneuter Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB)
- 15** Bebauungsplan Nr. 661 - Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße

- 15.1** 14/3976 Bebauungsplan Nr. 661 - Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße
1. Aufnahme in die Aufgabenliste
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 BauGB, § 13 a BauGB)
- 15.2** 15/0087 Bebauungsplan Nr. 661 - Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße
hier: Beschluss über die Veränderungssperre Nr. 67 - Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße
- 16** 14/4029 Abschluss eines Vertrages über die Sicherung der Erschließung eines Wohngebietes im Bereich der Intzestraße 171 mit der EVB GmbH und PB Immobilien GmbH GbR und Herstellung eine Erschließungsanlage gem. § 125 (2) BauGB
- 17** 14/4079 Straßenschadensbericht und Verwendung der Mittel für die Straßenunterhaltung 2014
- 18** 14/4109 Ausscheiden des Schiedsmannes für den Schiedsgerichtsbezirk 2 - Süd
- 19** 15/0063 Bebauungsplan Nr. 662 - Gebiet südlich Neuenkamper Straße, nördlich der Bahnlinie und der Lenneper Straße
1. Aufnahme in die Aufgabenliste
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 BauGB)

1. Feststellung des / der Altersvorsitzenden
Vorlage: 15/0015

Frau Korff nennt ihr Geburtsdatum und stellt die Frage, ob jemand der anwesenden Mitglieder der Bezirksvertretung älter als sie ist.

Frau Korff stellt fest, dass niemand anders aus dem Kreis der anwesenden Bezirksvertreter/innen älter als sie ist.

Daraufhin eröffnet Frau Korff als Altersvorsitzende die Sitzung.

2. Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers
Vorlage: 15/0016

Frau Korff stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Herr Hans-Ulrich Dattner wird zum Schriftführer für die Bezirksvertretung gemäß § 52 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW bestellt.

Frau Silke Eller, Frau Birgit Mendryschka, Frau Susann Kuwan, Herr Lutz Lajewski und Herr Michael Müller werden zu stellvertretenden Schriftführerinnen / zu stellvertretenden Schriftführern gemäß § 52 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW bestellt.

3. Änderung / Erweiterung der Tagesordnung

Der Bezirksvertretung liegen per Nachtrag zugestellt die Drucksache 15/0063 vom 11.06.2014 und die Drucksache 15/0087 vom 18.06.2014 zur Beratung vor.

Frau Korff lässt daraufhin über die Aufnahme der von der Verwaltung zur Beratung neu angemeldeten Punkte in die Tagesordnung abstimmen.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wird der Punkt 20 (alt) – Drucksache 15/0087 in der Beratungsfolge nach vorne gezogen und gemeinsam mit dem Punkt 15 (alt) – Drucksache 14/3976 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte

- 15/0063
Bebauungsplan Nr. 662 - Gebiet südlich Neuenkamper Straße, nördlich der Bahnlinie und der Lenneper Straße
 1. Aufnahme in die Aufgabenliste
 2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
 3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 BauGB)
- 15/0087
Bebauungsplan Nr. 661 - Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße
hier: Beschluss über die Veränderungssperre Nr. 67 - Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße

erweitert.

4. Wahl des Bezirksbürgermeisters / der Bezirksbürgermeisterin und des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters / der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin
Vorlage: 15/0017

Frau Korff bittet um Abgabe der Wahlvorschläge.

Daraufhin reichen die **SPD-Fraktion** und die **CDU-Fraktion** gemeinsam mit den Herren Martz und Störmer als Gruppe einen **einheitlichen Wahlvorschlag** ein.

Frau Korff gibt diesem einheitlichen Wahlvorschlag die **Kennziffer 1** und verliest die Namen dieses Wahlvorschlags.

Im Anschluss erfolgt die Wahl des Bezirksbürgermeisters und des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters geheim und ohne Aussprache. Zu diesem Zweck begeben sich die Mitglieder der Bezirksvertretung zur Stimmabgabe mittels Stimmzettel einzeln in eine im Sitzungsraum aufgestellte, von keiner Seite einsehbare Wahlzelle. Anschließend geben die Bezirksvertreter/innen ihren gefalteten Stimmzettel in eine bereitgestellte Wahlurne. Die Vorsitzende hatte sich vor Beginn des Wahlgeschäfts von dem leeren Zustand der Urne überzeugt.

Nach Beendigung der Stimmabgabe lässt Frau Korff die Stimmenauszählung vornehmen und gibt im Anschluss das Ergebnis bekannt wie folgt:

An der Wahl haben teilgenommen: 11 Bezirksvertreter/innen.

Es wurden insgesamt abgegeben: 11 Stimmen,

davon waren ungültig: 0 Stimmen,

davon waren Enthaltungen: 0 Stimmen.

Von den insgesamt 11 **gültigen Stimmen** haben abgestimmt

mit **Ja** 10 **Stimmen,**

mit **Nein** 1 **Stimme,**

mit **Enthaltung** 0 Stimmen.

Damit sind

Herr Stefan Grote zum Bezirksbürgermeister und
Frau Elke Rühl zur stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin

gewählt.

Die Gewählten geben die Erklärung ab, dass sie die Wahl annehmen.

5. Einführung und Verpflichtung des Bezirksbürgermeisters / der Bezirksbürgermeisterin
Vorlage: 15/0018

Frau Korff führt Herrn Grote in das Amt des Bezirksbürgermeisters ein und verpflichtet ihn zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben nach dem Wortlaut der in vorliegender Drucksache zitierten Verpflichtungserklärung.

Im Anschluss übergibt Frau Korff den Vorsitz an Herrn Grote.

6. Einführung und Verpflichtung
- des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters / der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin
- der übrigen Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter
Vorlage: 15/0020

Herr Grote führt Frau Rühl in das Amt der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin ein und verpflichtet sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach dem Wortlaut der in vorliegender Drucksache zitierten Verpflichtungserklärung.

Des Weiteren führt Herr Grote die übrigen Mitglieder der Bezirksvertretung in ihr Amt ein und verpflichtet sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach dem Wortlaut der in vorliegender Drucksache zitierten Verpflichtungserklärung.

Die übrigen Bezirksvertreter/innen bekunden ihr Einverständnis durch Erheben von den Plätzen.

Mit Blick auf die erstmalig in das Amt der Bezirksvertreterin bzw. des Bezirksvertreters gewählten Mitglieder der Bezirksvertretung richtet Herr Grote die Bitte an die Bediensteten der Verwaltung, zu Beginn ihrer mündlichen Ausführungen zu einem Punkt der Tagesordnung zunächst ihre Person und ihr Tätigkeitsfeld kurz vorzustellen.

7. Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern liegen nicht vor.

8. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

Herr Grote bringt seine Verwunderung und sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass die Verwaltung zu den nachfolgend aufgeführten Anfragen aus früheren Sitzungen der Bezirksvertretung weder eine schriftliche Antwort vorgelegt noch einen Vertreter zur mündlichen Berichterstattung entsandt hat.

Im Namen der Bezirksvertretung richtet Herr Grote deshalb bereits an dieser Stelle die dringende Bitte an die Verwaltung, diese offenen Fragen zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung zu beantworten.

8.1. Verkehrssituation im Einmündungsbereich Greulingstraße / Industriestraße - Anfrage von Frau RM Rühl in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd am 08.01.2014 Vorlage: 14/3913

Herr Steinheuser merkt an, dass nach seinen Beobachtungen trotz der inzwischen ausgeführten Fahrbahnmarkierungen in dem in Rede stehenden Abschnitt der Greulingstraße nach wie vor Fahrzeuge zum Parken abgestellt werden mit den bekannten Folgen und sieht daher hier weiteren Handlungsbedarf.

Frau Rühl bestätigt diese Ausführungen und bittet deshalb die Verwaltung hier um eine verstärkte Überwachung des ruhenden Verkehrs.

Darüber hinaus schließt sich Frau Rühl den eingangs vorgetragenen kritischen Anmerkungen von Herrn Grote an und gibt ergänzend zu Protokoll, dass sie es gegenüber der Bezirksvertretung Süd als unfair und sogar unmöglich empfinde, wenn die Verwaltung für den heutigen Tag einen Veranstaltungstermin zur Innenstadtplanung anberaume und hierbei den zeitgleich stattfindenden Termin der konstituierenden Sitzung der Bezirksvertretung völlig außer acht lasse. Zwar seien die Überlegungen und Planungen zu einer zukünftigen Entwicklung der Innenstadt ohne Zweifel von großer Bedeutung und Wichtigkeit für die Stadt. Allerdings habe auch die Bezirksvertretung nach ihrem Verständnis ebenso ein Anrecht darauf, gehört und ernst genommen zu werden. So seien neben den bereits erwähnten offenen Anfragen zur heutigen Sitzung der Bezirksvertretung gleich mehrere Themen zur Beratung gestellt, die eine Vielzahl von Fragen aufgeworfen hätten. Ohne deren Beantwortung werde es der Bezirksvertretung deutlich erschwert, zu einer sachgerechten Entscheidung zu finden.

8.2. Änderung des Tempolimits von 30 km/h auf 50 km/h in der Straße Hohenhagen - Anfrage von Herrn BV Grote in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd am 26.02.2014 Vorlage: 14/4111

(siehe hierzu auch Punkt 8)

Nachdem eine Stellungnahme der Verwaltung zur heutigen Sitzung nicht vorliegt, vertagt die Bezirksvertretung die Behandlung der Angelegenheit auf die nächstfolgende Sitzung.

- 8.3. Mobile Werbung im öffentlichen Straßenraum**
- Anfrage von Herrn BV Grote in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd
am 26.02.2014
Vorlage: 14/4112

(siehe hierzu auch Punkt 8)

Nachdem eine Stellungnahme der Verwaltung zur heutigen Sitzung nicht vorliegt, vertagt die Bezirksvertretung die Behandlung der Angelegenheit auf die nächstfolgende Sitzung.

- 8.4. Rechtsgrundlage für die erteilte Baugenehmigung zur Errichtung eines Discounters auf dem Gelände des ehemaligen Mannesmannparks**
- Anfrage von Herrn BV Wetzel in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd
am 26.02.2014
Vorlage: 14/4113

(siehe hierzu auch Punkt 8)

Nachdem eine Stellungnahme der Verwaltung zur heutigen Sitzung nicht vorliegt, vertagt die Bezirksvertretung die Behandlung der Angelegenheit auf die nächstfolgende Sitzung.

- 8.5. Verkehrsstau auf der Lenneper Straße in Höhe der Autobahnanschlussstelle**
- Anfrage von Herrn BV Wetzel in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd
am 26.02.2014
Vorlage: 14/4114

(siehe hierzu auch Punkt 8)

Nachdem eine Stellungnahme der Verwaltung zur heutigen Sitzung nicht vorliegt, vertagt die Bezirksvertretung die Behandlung der Angelegenheit auf die nächstfolgende Sitzung.

9. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

Mitteilungen der Verwaltung gemäß Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

10. Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

11. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

12. Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge gemäß Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

13. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**13.1. Bauliche Mängel an der Friedhofskapelle auf dem Städtischen Friedhof Bliedinghausen
- Anfrage Herr Grote**

Herr Grote weist noch einmal auf den nach seinen Beobachtungen äußerst schlechten Zustand der Friedhofskapelle auf dem städtischen Friedhof Bliedinghausen hin und bittet die Verwaltung um Auskunft, in welcher Form und wann sie die von ihm bereits in einer früheren Sitzung beschriebenen Missstände wie beispielsweise die aus seiner Sicht dringend notwendige Reparatur von schadhafte Putzflächen wie auch weitere Renovierungsarbeiten im Innenraum der Kapelle ausführen wolle.

**13.2. Aktuelle Entwicklung im Bereich des Gewerbegebietes Mixsiepen
- Anfrage Herr Martz**

Herr Martz bittet die Verwaltung um Berichterstattung, wie sich das Gewerbegebiet Mixsiepen aktuell weiter entwickelt und wann konkret mit der Aufnahme einer Bautätigkeit für die Realisierung eines Bauvorhabens – wie beispielsweise Anfang des Jahres im Zusammenhang mit einer möglichen Errichtung eines Autohauses der Firma aurego GmbH ins Gespräch gebracht – zu rechnen ist.

**13.3. Ausschachtungsarbeiten an der Neuenkamper Straße, Höhe Haus Nrn. 2 bis 4
- Anfrage Frau Korff**

Frau Korff bittet die Verwaltung um Auskunft, zu welchem Zweck die momentan zu beobachtenden Ausschachtungsarbeiten an der Neuenkamper Straße vor den Häusern 2 bis 4 ausgeführt werden.

**13.4. Bauvorhaben zur Errichtung eines Kindergartens an der Rosenhügeler Straße
- Anfrage Frau Korff**

Frau Korff führt aus, dass sie erfahren habe, dass an der Rosenhügeler Straße auf dem Gelände der ehemaligen Flachbauten, die vor einiger Zeit abgebrochen worden seien, ein Kindergarten gebaut werden soll.

Frau Korff bittet die Verwaltung um Auskunft, ob sie diese Information bestätigen kann. So dies der Fall sein sollte bittet Frau Korff die Verwaltung zugleich darum, der Bezirksvertretung dieses Bauvorhaben vorzustellen und hierbei die Fragen zu beantworten, wer Bauträger und wer Investor dieses Objektes ist und warum die Bezirksvertretung hierüber bisher nicht unterrichtet worden ist.

**13.5. Plakatwerbung zur Kommunalwahl
- Mitteilung Frau Korff**

Frau Korff macht darauf aufmerksam, dass – so ihre Beobachtung – vielerorts im Südbezirk noch Wahlplakate ausgehängt seien, obwohl die Kommunalwahl nun doch schon einige Zeit zurückliege. Frau Korff richtet deshalb die Bitte an die politischen Parteien, dafür Sorge zu tragen, dass diese Plakate und insbesondere auch das verwendete Montagematerial nunmehr schnellstmöglich entfernt werden.

**13.6. Einrichtung und Betrieb einer Außengastronomie auf dem Johann-Vaillant-Platz - Sachstand?
- Anfrage Frau Wilke**

Frau Wilke bittet die Verwaltung um Berichterstattung über den momentanen Stand der Vorbereitungen für die von dem Betreiber des am Johann-Vaillant-Platz mit einer Filiale zum Verkauf von Bäckereiprodukten ansässigen Bäckereibetriebes seit Längerem geplante Einrichtung und Betrieb einer Außengastronomie in Form eines Verkaufspavillons mit Bestuhlung im Innen- und Außenbereich auf einer Teilfläche des Platzes.

**13.7. Namensschilder für Bedienstete der Verwaltung
- Anfrage Herr Wetzel**

Herr Wetzel greift die zu Beginn der heutigen Beratungen vorgetragene Bitte von Herrn Grote an die Bediensteten der Verwaltung, zu Beginn ihrer mündlichen Ausführungen zu einem Punkt der Tagesordnung zunächst ihre Person und ihr Tätigkeitsfeld kurz vorzustellen, auf und regt ergänzend hierzu an, dass die Verwaltung ihre an der Sitzung teilnehmenden Vertreter zusätzlich auch mit einem Namensschild ausstatten möge.

**13.8. Parkende Lkws in der Fichtenstraße
- Anfrage Herr Schabla**

Herr Schabla kommt zurück auf seine in der vergangenen Sitzung vorgetragene Bitte an die Verwaltung, auf das nach Aussage von Bürgern häufig zu beobachtende Aufkommen von größeren Lkws, die nahezu regelmäßig in der Fichtenstraße im Streckenabschnitt zwischen den Häusern Fichtenstraße Nrn.117 bis 91 über den Zeitraum von etwa 17:30 Uhr bis ca. 5:00 Uhr zum Parken abgestellt würden, mit einer verstärkten Verkehrsüberwachung zu reagieren, und bittet die Verwaltung darzulegen, wie sie diesem Problem begegnen wolle, nachdem man habe feststellen müssen, dass die beschriebenen Verhältnisse bis heute unverändert andauern.

14. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. §§ 60 Abs. 1 und 36 Abs. 5 GO NRW

**14.1. Namensgebung der Städt. Sekundarschule Remscheid
Vorlage: 14/4078**

Herr Schabla richtet im Namen der CDU-Fraktion die Bitte und Empfehlung an die Verwaltung, die der Drucksache als Anlage beigefügten Ausführungen zur Person von Nelson Mandela in entsprechend aufbereiteter Form im Schulgebäude selbst an exponierter Stelle

auszuhängen und so insbesondere den Schülerinnen und Schülern Näheres über den Namensgeber ihrer Schule zu vermitteln.

Herr Grote stellt nach Aussprache die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 13.03.2014 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung wird genehmigt:

Gemäß § 36 Abs. 5 Gemeindeordnung NRW wird wie folgt entschieden:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Städt. Sekundarschule Remscheid wird folgende Namensgebung beschlossen:

Nelson-Mandela-Schule
Städt. Sekundarschule Remscheid
Schule der Sekundarstufe I
Ewaldstraße 8
42859 Remscheid

Remscheid, den 13.03.2014

gez. _____
Korff
(Bezirksbürgermeister)

gez. _____
Rehbein
(Bezirksvertreter)

14.2. Bebauungsplan Nr. 647 – Gebiet Berghauser Straße, nordwestlich der Bahnstrecke:

- 1. Aufhebung des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.01.2014 über die erneute öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)**
 - 2. Änderung der Urkunde zum Planentwurf**
 - 3. Erneuter Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB)**
- Vorlage: 14/4142**

Frau Jungesblut-Wagner macht darauf aufmerksam, dass man – so ihre Beobachtung – in dem hier angesprochenen Gebiet bereits mit ersten Baumaßnahmen begonnen habe.

Frau Rühl zitiert aus der der Drucksache beigefügten Entwurfsbegründung und bittet die Verwaltung um Auskunft, wo sich die auf Seite 9, 2. Absatz erwähnten Gebäude mit den Bezeichnungen Berghauser Straße 20 a und Engelbertstraße 20 a befinden oder ob es sich hier vielleicht um einen Schreibfehler handelt und welche Bezeichnung in diesem Falle die richtige ist.

Herr Schabla bittet die Verwaltung darzulegen, wo die Fahrzeuge, die zurzeit auf dem besagten Parkplatz abgestellt werden, bei Realisierung des in Rede stehenden Bauvorhabens geparkt werden können.

Herr Grote stellt nach Aussprache die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 02.04.2014 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung wird genehmigt:

Gemäß § 36 Abs. 5 Gemeindeordnung NRW wird wie folgt entschieden:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt gem. Ziff. 5.3 der Hauptsatzung der Stadt Remscheid, die dem Haupt- und Finanzausschuss gem. § 41 Abs. 2 GO NRW übertragene Entscheidung über die verfahrensleitenden Beschlüsse bei der Aufstellung von Bauleitplänen (Ziff. 16.5 Hauptsatzung) für die nachfolgenden Beschlüsse zu dem Bebauungsplan Nr. 647 – Gebiet Berghauser Straße, nordwestlich der Bahnstrecke wieder an sich zu ziehen.

1. Aufhebung des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.01.2014 über die erneute öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.01.2014 über die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 647 für die Dauer eines Monats gem. § 3 Abs. 2 BauGB wird aufgehoben.

2. Änderung der Urkunde zum Planentwurf

Die Urkunde zum Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 647– Gebiet Berghauser Straße, nordwestlich der Bahnstrecke – wird wie folgt geändert:

- Im Baufeld (Bf) 1d wird die maximale Firsthöhe von 339 m auf 338 m ü. NN reduziert,
- Die textliche Festsetzung II.5 erhält folgende Fassung:
„In den Gewerbegebieten (GE – Baufelder [Bf] 1a bis 1e) kann gemäß § 16 (6) BauNVO die festgesetzte Bauhöhe für technische Dachaufbauten von untergeordneter Bedeutung wie z.B. Aufzugsüberfahrten, Kamine, Lüftungen ausnahmsweise um bis zu 3 m überschritten werden. Die Anlagen müssen mindestens 3 m von der Traufkante abgerückt werden.“

3. Erneuter Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 647 – Gebiet Berghauser Straße, nordwestlich der Bahnstrecke – wird mit der Begründung und den wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen (Anlagen 1, 2 und 3) für die Dauer eines Monats erneut öffentlich ausgelegt.

Ortsüblich bekannt zu machen sind

- der Offenlagebeschluss zu dem Bebauungsplan Nr. 647,
- Ort und Dauer der Auslegung,
- der Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und
- dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, wenn mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Remscheid, den 02.04.2014

gez. _____
Korff
(Bezirksbürgermeister)

gez. _____
Rehbein
(Bezirksvertreter)

15. **Bebauungsplan Nr. 661 - Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße**

Frau Rühl bringt ihr Befremden darüber zum Ausdruck, dass – so ihre Feststellung – bereits jetzt der Bauplatz, an dem das hier vorgesehene Bauvorhaben errichtet werden soll, abgesteckt worden ist, obwohl sich das in Rede stehende Bebauungsplanverfahren noch in einem so frühen Stadium befinde.

Des Weiteren vermisst Frau Rühl in der der vorliegenden Drucksache beigefügten Planunterlage den Eintrag des Mannesmann-Turms. Die Bezirksvertretung nimmt diesen Hinweis zum Anlass und bekräftigt an dieser Stelle noch einmal ihren bereits wiederholt zum Ausdruck gebrachten Wunsch und Willen, dass man mit Nachdruck dafür Sorge tragen möge, dass das Wahrzeichen der Mannesmannröhren-Werke an seinem heutigen Standort als Denkmal weiterhin und auf Dauer gesichert erhalten bleiben möge.

Darüber hinaus bittet Frau Rühl die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

- Wohin sind die im ehemaligen Mannesmannpark aufgestellten Grab- und Denkmäler vor Aufnahme der Rodungs- und Planierarbeiten verbracht worden?
- Welche Nutzungsabsichten verfolgt der Investor in Bezug auf den vorhandenen, nordöstlich des Parkplatzes gelegenen Discounter?

- Wie ist die in vorliegender Drucksache 14/3976 getroffene Aussage zu interpretieren, dass die zulässige Grundfläche (überbaubare Fläche) voraussichtlich unter 20.000 m² liegen wird? Wird dieser Grenzwert über- oder unterschritten?
- Wer übernimmt die in besagter Drucksache erwähnten Vergleichskosten für das Planverfahren in Höhe von rund 25.000 € wie auch die Kosten für externe Gutachten?
- Ist die in der Vergangenheit als Planungsziel erwähnte Wohnbebauung entlang der Burger Straße noch weiterhin vorgesehen? Inwieweit wird diese Fläche von der im Raum stehenden Veränderungssperre mit erfasst?
- Können die im hinteren Teil des Plangebietes vorhandenen Bäume tatsächlich wie bisher geplant erhalten bleiben oder werden hier inzwischen andere planerische Überlegungen verfolgt?

Herr Wetzel bittet die Verwaltung im Einzelnen darzulegen und ausführlich zu erläutern, welche Bauvorhaben der Investor konkret zur Genehmigung beantragt hat, nachdem seines Wissens zunächst 2 Märkte mit einer VK-Fläche von jeweils 799 m² im Gespräch gewesen seien und nunmehr in vorliegender Drucksache 14/3976 von 2 Märkten mit einer VK-Fläche von 1.500 m² und 1.200 m² die Rede sei.

Des Weiteren bittet Herr Wetzel die Verwaltung um Beantwortung der Frage, ob zu dem jetzt verfolgten Bauvorhaben ein Umweltgutachten erstellt worden ist.

Ferner bittet Herr Wetzel die Verwaltung aufzuzeigen, wo welche Bäume im Plangebiet in ihrem Bestand gesichert werden.

Nachdem wie bereits eingangs der Sitzung kritisiert kein Vertreter der Verwaltung anwesend ist und damit die gestellten Fragen zunächst unbeantwortet bleiben, schlägt Herr Grote der Bezirksvertretung vor, die Verwaltung kurzfristig um einen Ortstermin zu bitten, um sich an Ort und Stelle den aktuellen Stand der Dinge wie auch die geplante weitere Entwicklung im Bereich des Bebauungsplans Nr. 661 im Detail erläutern zu lassen. Unabhängig hiervon sollte die Bezirksvertretung aber – so die weitere Empfehlung von Herrn Grote – hier und jetzt über die vorliegenden Beschlussvorschläge befinden. Die Bezirksvertretung erklärt sich mit dieser Verfahrensweise grundsätzlich einverstanden.

Nach Aussprache stellt Herr Grote die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags in Drucksache 14/3976 sowie den Beschlussvorschlag in Drucksache 15/0087 zur Abstimmung.

(Beschlussfassungen hierzu siehe Punkte 15.1 und 15.2)

- 15.1. Bebauungsplan Nr. 661 - Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße**
- 1. Aufnahme in die Aufgabenliste**
 - 2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)**
 - 3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 BauGB, § 13 a BauGB)**
- Vorlage: 14/3976**

(Beratung hierzu siehe Punkt 15)

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Zu dem Bebauungsplan Nr. 661 – Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße – wird die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gem. Ziffer 4.1 der Richtlinien der Stadt Remscheid über die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung durch Planaushang.

- 15.2. Bebauungsplan Nr. 661 - Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße**
hier: Beschluss über die Veränderungssperre Nr. 67 - Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße
Vorlage: 15/0087

Der der Drucksache 15/0087 beigefügte Entwurf der Satzung der Stadt Remscheid über die Veränderungssperre Nr. 67 für das Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße wird als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

(Beratung hierzu siehe Punkt 15)

Abstimmungsergebnis:

Ja 8 Nein 1 Enthaltungen 1

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Zur Sicherung der Planung des Bebauungsplanes Nr. 661 - Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße - wird gemäß §§ 14 und 16 des Baugesetzbuches (BauGB) in Verbindung mit den §§ 7 und 41 (1) Buchstabe f der Gemein-

deordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die Veränderungssperre Nr. 67 für das Gebiet Burger Straße zwischen Bliedinghauser Straße und Reinhard-Mannesmann-Straße als Satzung beschlossen.

Die Veränderungssperre Nr. 67 umfasst den in § 2 der Satzung (Anlage 1) aufgeführten Bereich.

Die Veränderungssperre ist ortsüblich bekannt zu machen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, gemäß § 14 (2) BauGB Ausnahmen von den Bestimmungen der Veränderungssperre Nr. 67 mit vorheriger Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses zuzulassen, wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

**16. Abschluss eines Vertrages über die Sicherung der Erschließung eines Wohngebietes im Bereich der Intzestraße 171 mit der EVB GmbH und PB Immobilien GmbH GbR und Herstellung eine Erschließungsanlage gem. § 125 (2) BauGB
Vorlage: 14/4029**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

**17. Straßenschadensbericht und Verwendung der Mittel für die Straßenunterhaltung 2014
Vorlage: 14/4079**

Frau Korff macht darauf aufmerksam, dass nach ihren Beobachtungen Unkräuter und Wildpflanzen an der Straße Dicke Eiche mittlerweile so hoch gewachsen sind, dass sie bis weit in den Straßenraum hineinragen. Frau Korff bittet deshalb die Verwaltung darum, hier einen Rückschnitt zu veranlassen.

Frau Rühl spricht sich im Namen der CDU-Fraktion dafür aus und empfiehlt, die Maßnahme „Baisieper Straße – Intzestraße – Haus 47“ im Investitionsprogramm nicht, wie von der Verwaltung in der der vorliegenden Drucksache als Anlage 1 beigefügten Übersicht dargestellt für das Jahr 2016 vorzumerken, sondern nach Möglichkeit vorzuziehen und bereits für 2015 einzuplanen.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen nach Aussprache zur Kenntnis.

**18. Ausscheiden des Schiedsmannes für den Schiedsgerichtsbezirk 2 - Süd
Vorlage: 14/4109**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

- 19. Bebauungsplan Nr. 662 - Gebiet südlich Neuenkamper Straße, nördlich der Bahnlinie und der Lenneper Straße**
- 1. Aufnahme in die Aufgabenliste**
 - 2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)**
 - 3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 BauGB)**
- Vorlage: 15/0063**

Nach Aussprache stellt Herr Grote die Ziffern 1 und 3 sowie die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags getrennt zur Abstimmung.

Der der Drucksache 15/0063 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 662 – Gebiet südlich Neuenkamper Straße, nördlich der Bahnlinie und der Lenneper Straße wird als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Beschluss: (8 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen)

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt zieht gem. Ziff. 5.3 der Hauptsatzung der Stadt Remscheid die dem Haupt- und Finanzausschuss gem. § 41 Abs. 2 GO NRW übertragene Entscheidung über die verfahrenleitenden Beschlüsse zu Bauleitplänen (Ziff. 16.5 der Hauptsatzung, Ziffer 2 Nr. 11 der Zuständigkeitsordnung) für die nachfolgenden Beschlüsse zu dem Bebauungsplan Nr. 662 (Ziffern 1 und 3) wieder an sich.

1. Aufnahme in die Aufgabenliste

Das Verfahren zu dem Bebauungsplan Nr. 662 – Gebiet südlich Neuenkamper Straße, nördlich der Bahnlinie und der Lenneper Straße – wird in die Aufgabenliste des Zentraldienstes Stadtentwicklung, Wirtschaft und Liegenschaften aufgenommen.

3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs.1 BauGB)

Zu dem Bebauungsplan Nr. 662 – Gebiet südlich Neuenkamper Straße, nördlich der Bahnlinie und der Lenneper Straße – wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan.

Ziel des Bebauungsplans ist es, die Situation des Einzelhandels entsprechend dem in Aufstellung befindlichen Einzelhandelskonzept zu steuern und das Plangebiet städtebaulich zu ordnen.

Der Aufstellungsbeschluss zu dem Bebauungsplan Nr. 662 ist ortsüblich bekannt zu machen.

Beschluss: (10 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Zu dem Bebauungsplan Nr. 662 – Gebiet südlich Neuenkamper Straße, nördlich der Bahnlinie und der Lennepers Straße – wird die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gem. Ziffer 4.1 der Richtlinien der Stadt Remscheid über die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung durch Planaushang.

Für die Punkte 1 bis 5:

gez.

Elfriede Korff
Altersvorsitzende

Für die Punkte 6 ff.:

gez.

Stefan Grote
Vorsitzender

gez.

Hans-Ulrich Dattner
Schriftführer